

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 7/2011

Streiknachlese

Seite 12

**Mutterschutz
für freie Dienst-
nehmerinnen**

Seite 22

www.gpa-djp.at



Mehr Gehalt!

Höhere Gehaltsabschlüsse dringend nötig ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Höhere Gehaltsabschlüsse
- 08 Interview mit Silvia Angelo
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Streiknachlese
- 14 Fekters Steuerideen
- 16 Interview mit neuem Jugendvorsitzenden
- 18 Anspruch auf Dienstverhinderung
- 19 Nachruf Norbert Nischkauer
- 20 Bücher

Arbeitswelt

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Mutterschutz für freie Dienstnehmerinnen

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Mitglied sein bringt's

4



© Barbara Lavaud

Höhere Gehaltsabschlüsse

14



© Robert Kneschke, Fotolia.com

Fekters Steuerideen

22



© Jamey Ekins, Fotolia.com

Mutterschutz für Freie

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien,
Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301,
service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud,

barbara.lavaud@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen:
Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf,
Bickfordstr. 21 Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf

Coverfoto: Bildagentur Waldhäusl, Kneschke Robert
DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Gemeinsam stärker

Gemeinsam mit der Produktionsgewerkschaft PRO-GE ist es der GPA-djp Ende Oktober gelungen, einen Lohn- und Gehaltsabschluss zu erreichen, der über die Landesgrenzen hinweg für Aufsehen gesorgt hat. Viele hätten den Gewerkschaften im Vorfeld nicht zugetraut, dass mit einer solchen Entschlossenheit für einen Abschluss gekämpft wird, der große Signalwirkung für andere Branchen hat. Mit dem Streik und dem erfolgreichen Ergebnis hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung machtvoll demonstriert, dass sie nicht gewillt ist zuzusehen, wie die Früchte der erfolgreichen Arbeit nicht bei jenen ankommen, die den Erfolg möglich machen.

Dass die Menschen gerade in diesen Tagen ein kräftiges Gehaltsplus benötigen, zeigen die aktuellen Entwicklungen bei der Inflation. Gerade jene Produkte des täglichen Bedarfs, auf die niemand verzichten kann, sind in letzter Zeit sehr viel teurer geworden. Damit und mit den Ursachen dieser Entwicklung beschäftigt sich diesmal die Titelseite der KOMPETENZ.

Angekommen in der Öffentlichkeit ist auch die Forderung der GPA-djp, in den Kollektivverträgen noch mehr für die Angleichung der Gehälter zwischen Männern und Frauen zu tun. In der Metallindus-

trie ist durch die Anrechnung der Karenzzeiten für die Vorrückungen in der heurigen Runde schon viel gelungen.

Im Laufen bzw. in Vorbereitung sind die Kollektivvertragsrunden im Handel sowie im Gesundheits- und Sozialbereich, beides Branchen mit einem sehr hohen Frauenanteil. Es geht auch hier um eine deutliche Anhebung der Gehälter und eine Verbesserung der Anrechnung von Karenzzeiten. Eine spannende Frage wird sein, ob die zahlreichen Stimmen von PolitikerInnen aller Lager, die erfreulicherweise unsere Forderung nach Einkommensgerechtigkeit in den KV-Runden unterstützt haben, dies auch noch dann tun werden, wenn sich ernste Konflikte abzeichnen. Eines hat der erfolgreiche Konflikt der Metallindustrie gezeigt: Wirklich verlassen können wir uns nur auf die Kraft und Entschlossenheit unserer BetriebsrätInnen und Mitglieder. Gemeinsam sind wir stärker!

Dwora Stein
Chefredakteurin

Mehr Gehalt!





Für die Dinge des täglichen Bedarfs müssen die Menschen immer tiefer in die Tasche greifen, denn die Inflation steigt aktuell enorm. Die Gewerkschaft fordert daher Gehaltsabschlüsse, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Bei den Metallern ist dies bereits gelungen.

Von Alexia Weiss



Bildagentur Waldhäusl / Kneschke Robert

Alles wird teurer – um den Preisanstieg auszugleichen braucht es hohe Gehaltsabschlüsse.

Es sind derzeit die Ärmsten, die am meisten unter dem starken Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und Benzin leiden: BezieherInnen niedriger Einkommen und junge Familien wissen oft nicht mehr, wie sie den wöchentlichen Einkauf bezahlen können. Der sogenannte Mini-Warenkorb, in dem sich Güter wie Eier und Tiefkühlpizza, Zahnpasta und Treibstoff befinden, verteuerte sich laut Statistik Austria von September 2010 auf September dieses Jahres um 7,1 Prozent. Für Kaffee waren sogar 27 Prozent mehr zu bezahlen, für alkoholfreie Getränke 11,3 Prozent. Diese Werte liegen massiv über der Gesamtinflationsrate, bei deren Berechnung auch Produkte wie Computer, Autos oder Flugreisen berücksichtigt werden. Im September betrug diese gegenüber dem Vorjahr 3,6 Prozent.

Gegensteuern

Wie steuert man hier am besten dagegen? „Mit hohen Lohnabschlüssen“, sagt GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. „Vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen, die einen größeren Anteil ihres Einkommens für Güter des täglichen Gebrauchs ausgeben, sind darauf angewiesen, dass wir über die Lohnabschlüsse für sie einen Ausgleich herausholen. Die laufenden Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten im Handel sind wegen der vergleichsweise niedrigen Einkommen im Handel besonders wichtig.“

GPA-djp-Wirtschafts- und Sozialexperte David Mum tritt für Lohnabschlüsse über der Gesamtinflationsrate ein. Denn findet nur eine Inflationsabgeltung statt, dann steigt das Realeinkommen nicht.

Haushaltsausgaben steigen

Ein neues Auto kauft man sich, wenn überhaupt, dann doch nicht jedes Jahr und auch die Computeranschaffung kann man, wenn das Konto leer ist, auf später verschieben. Brot, Milch, Obst: darauf kann eine Familie mit kleinen Kindern

Die Einkommen müssen in diesem Herbst nicht nur moderat, sondern wirklich kräftig angehoben werden.

nicht verzichten. „Hier kann ich einfach nicht ausweichen“, so Mum. Da die Teuerungen vor allem im Nahrungsmittelbereich massiv ausfallen, wird ein immer größerer Teil des Haushaltsbudgets dafür aufgewandt. Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben betrugen laut Konsumerhebung 2009 übrigens monatlich 2.900 Euro – für 2,3 Personen. Darin sind natürlich auch

die Ausgaben für Wohnen, Energie, Kleidung, Sport, Kultur – also wirklich alle anfallenden Kosten – inkludiert.

Mum gibt zudem zu bedenken, dass sich jede Lohnerhöhung jenseits der 1.200-Euro-Einkommengrenze nur zur Hälfte im Börsel bemerkbar macht – die anderen 50 Prozent wandern zur Sozialversicherung und in den Steuertopf. Auch aus diesem Grund müssten die Einkommen diesen Herbst nicht nur moderat, sondern wirklich kräftig angehoben werden. „Man darf die Steuer- und Abgabenbelastung hier nicht aus den Augen verlieren.“

Nachhaltige Erhöhungen

Das betont auch Katzian. Die Beschäftigten, beispielsweise in der Metallbranche, haben mit ihrer Arbeit zu den guten Ergebnissen beigetragen, welche die Betriebe im vergangenen Jahr erzielt haben. „Sie haben daher in Zeiten einer extrem hohen Inflationsrate eine adäquate Abgeltung verdient. Niemand kann sich von schönen Worten etwas kaufen, wenn das tägliche Leben immer teurer wird. Dass wir mit dem harten Kurs richtig gelegen sind, zeigt nicht nur der gute Abschluss in der Metallindustrie, sondern auch die enorme öffentliche Unterstützung, die wir erfahren haben.“

Einmalzahlungen, wie sie von Arbeitgeberseite dann oft in Kollektivvertragsverhandlungen als Kompromiss angeboten werden, kommen für Katzian in der momentanen Situation übrigens nicht infrage. „Preissteigerungen gehen ja nicht mehr zurück. Wie sollen Einmalzahlungen da helfen? Dann hinken die Löhne ja nur noch mehr hinterher. Wir brauchen nachhaltige Erhöhungen.“

Konsum und Wachstum

Wenn Menschen mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen, dann schadet das außerdem nicht nur dem Einzelnen, sondern der gesamten Wirtschaft. Wer kein Geld hat, kann auch nicht konsumieren. Und eine gebremste Nachfrage hat massive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. „Was wir als Gewerkschaft tun, wenn uns die Arbeitgeber eine faire Abgeltung unserer Leistung verweigern, haben wir in der Metallindustrie bereits gezeigt“, so Katzian kämpferisch. Nachsatz: „Und wir brauchen uns auch vor Konflikten in anderen Branchen nicht fürchten.“ Das zusätzliche Drehen zweier anderer Schrauben könnte die Situation für Jungfamilien und Bezieher kleiner Einkom-

men zusätzlich verbessern, merkt Sozialexperte Mum an: die regelmäßige Valorisierung der Familienbeihilfe und das Anheben der Steuergrenzen. Rutscht man nämlich mit einer Gehaltserhöhung, die eigentlich die Inflation ausgleichen soll, in die nächste Steuerklasse, bleibe so manchem von der Lohnerhöhung sogar weniger als die Hälfte zum Ausgeben über. „Das ist die kalte Progression.“

Leider seien beide Themen immer nur in Wahlzeiten im Fokus der PolitikerInnen. Mum wünscht sich hier die Einführung von entsprechenden Automatismen. „Die Steuergrenzen sollten jedes Jahr im Ausmaß der Gesamtinflationsrate angehoben werden – und nicht nur dann, wenn alle paar Jahre eine Steuerreform beschlossen wird.“



Aktionswoche Weihnachtsgeld

Zweimal im Jahr gibts mehr Geld am Lohn- oder Gehaltszettel: das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld. Gerade in Zeiten wie diesen werden die Sonderzahlungen mit Ungeduld erwartet. Für viele Beschäftigte ist das Weihnachtsgeld so selbstverständlich wie die jährliche Gehaltserhöhung. Manche glauben sogar, darauf gäbe es einen gesetzlichen Anspruch – das ist ein Irrtum! Das 13. und 14. Gehalt wurden von den Gewerkschaften erkämpft und in den Kollektivverträgen verankert.

Um die Beschäftigten über das Weihnachtsgeld zu informieren, organisierte die GPA-djp von 14.–18. November eine bundesweite Aktionswoche. Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt

es nur dort, wo es der anzuwendende Kollektivvertrag vorsieht. Teilzeitbeschäftigte haben Anspruch darauf, sofern ihr Arbeitsverhältnis einem Kollektivvertrag unterliegt, ebenso FerialpraktikantInnen (in aliquotem Anteil); freie DienstnehmerInnen, da sie keinem Kollektivvertrag angehören, jedoch leider nicht.

„Aber es ist doch völlig unwahrscheinlich, dass das Weihnachtsgeld gestrichen wird“, meinen viele. Ein Blick über die Grenze zeigt: In Deutschland gibt es für viele Branchen keine Kollektivverträge mehr. In diesen Branchen erhalten nur noch 45 Prozent der Beschäftigten ein Weihnachtsgeld. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde es in

vielen Betrieben einfach gestrichen oder gekürzt.

Für die jährlichen KV-Verhandlungen brauchen die Gewerkschaften die Unterstützung der BetriebsrätInnen und der Gewerkschaftsmitglieder. Die Verhandlungen werden in den letzten Jahren zusehends schwieriger, oft wollen Arbeitgeber Kollektivverträge einfach kündigen oder bieten inakzeptable Gehaltserhöhungen. Dann braucht es den Druck einer starken Gewerkschaft mit vielen Mitgliedern.

Mehr Infos zu Ihrem Kollektivvertrag: 05 03 01–301 oder auf www.gpa-djp.at



„Was wir brauchen, ist Konsum“

Silvia Angelo, Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Arbeiterkammer Wien, kritisiert spekulationsgetriebene Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und Energie. Und fordert ein Eingreifen der Politik.

Das Interview führte Alexia Weiss.

KOMPETENZ: Die Menschen haben das Gefühl, dass alles immer teurer wird und sie sich immer weniger leisten können. Lässt sich dieses Gefühl auch mit Fakten belegen?

Silvia Angelo: Es stimmt, dass die Produkte des täglichen Bedarfs immer teurer werden. Und gerade die Preise für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie sowie für den Individualverkehr steigen überdurchschnittlich. Das sind auch genau die Bereiche, wo sich der Großteil der Ausgaben konzentriert. Laut Konsumerhebung ist es so, dass der durchschnittliche Haushalt rund zwölf Prozent für Nahrungsmittel ausgibt, rund 24 Prozent für Wohnen und Energie und rund 15 Prozent für Verkehr. Nach unseren Berechnungen sind die Ausgaben in diesen drei Bereichen damit in absoluten Zahlen von 2010 auf 2011

im Schnitt um 65 Euro pro Haushalt gestiegen.

KOMPETENZ: Wie sieht die Situation für BezieherInnen von kleinen Einkommen aus?

Silvia Angelo: Wir haben hier leider nur Zahlen von 2004/05, da diese Erhebung nur alle fünf Jahre gemacht wird. Aber da sehen wir, dass die Haushalte, die monatliche Ausgaben von bis zu 1.600 Euro haben, 16 Prozent davon für Ernährung aufwenden. Das oberste Viertel, das sind Haushalte, die 3.700 Euro oder mehr ausgeben, gibt nur mehr 9,8 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel aus. Das heißt natürlich, dass die Betroffenheit bei den unteren Einkommen größer ist. Und wenn die Produkte in diesen zentralen Kategorien immer teurer werden, dann werden meine

Spielräume, dass ich etwas anderes kaufe, noch geringer.

KOMPETENZ: In welchen Bereichen sind die Teuerungen für sie gerechtfertigt und in welchen nicht?

Silvia Angelo: Das ist insofern eine spannende Frage, weil wir davon ausgehen, dass die Inflation, so wie wir sie derzeit bei Nahrungsmitteln und Energie erleben, nicht österreichspezifisch ist, sondern international vorgegeben – Beispiel Getreide. Aber nur, weil die Teuerungen von außen kommen, sind sie nicht gottgegeben. Und was wir schon seit rund zehn Jahren beobachten können, ist, dass Finanzinvestitionen immer mehr in Rohstoffe hineingelenkt werden, dass also Rohstoffe und Öl immer mehr zum Finanzspekulationsobjekt werden und ich enorme Preis-

ausschläge habe, die nicht nur von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, sondern von ganz anderen Faktoren beeinflusst sind.

KOMPETENZ: Wie kann man diese Entwicklung hintanhalten?

Silvia Angelo: Hier muss man regulativ eingreifen. Hier muss man schauen, dass nicht Geschäfte gemacht werden mit Produkten, die nichts mit der Finanzwelt zu tun haben, sondern Grundbedürfnisse befriedigen. Und der zweite Punkt auf der internationalen Ebene ist eine künstliche Verknappung, durch Biokraftstoff im Wesentlichen. Hier gibt es große Anbauflächen für Treibstoffe. Das treibt den Preis auch in die Höhe. Da sind wir sehr kritisch, weil wir sagen, Essen gehört nicht in den Tank, sondern auf den Teller.

KOMPETENZ: Das heißt, Sie halten alle Teuerungen für grundsätzlich nicht gerechtfertigt?

Silvia Angelo: Ich sehe nur, dass es auf der internationalen Ebene Entwicklungen gibt, die haben mit Angebot und Nachfrage alleine nichts mehr zu tun. Das sehe ich nicht, dass sich die Ölbestände so verknappen, dass der Ölpreis in die Höhe geht. Ich sehe aber sehr wohl spekulationsgetriebene Preisausschläge, wenn irgendjemand wo in der Welt sagt, ui, da könnte beispielsweise in Libyen eine Krise ausbrechen. Da gibt es dann sofort eine Reaktion und diese massive Reaktion ist immer ein Indikator, dass auch andere Akteure aktiv sind. Dass da eben jemand ein Auge darauf hat, der spekuliert.

KOMPETENZ: Die Finanzkrise von 2009 scheint halbwegs überwunden, für 2012 wird schon wieder die nächste Krise prognostiziert – oder ist das für Sie eine durchgehende Krise?

Silvia Angelo: Ich glaube, dass wir noch immer die Folgen der Finanzkrise von 2009 bewältigen, das hat angefangen mit einer Finanzmarktkrise und äußert sich jetzt darin, dass wir hohe Staatsschulden haben. Und diese Staatsschulden sind eine Folge der Finanzmarktkrise – nicht ihre Ursache, sondern ihre Folge.

Wir haben die Krise in Österreich realwirtschaftlich relativ gut durchgetaucht, relativ – jeder Arbeitslose ist zu viel. Gelungen ist dies mit massiven staatlichen Programmen, wie der Kurzarbeit, aber auch dadurch, dass wir 2008 eine extrem gute Lohnrunde gehabt haben. Die Lohnpolitik hat uns also auch geholfen, die Krise nicht so stark zu erleben wie in anderen Ländern, weil sie die Kaufkraft der Leute gestärkt hat. Wir haben jetzt Prognosen, die sagen, wir gehen in Richtung einer stagnierenden Wirtschaftsentwicklung. Also müssen wir schon extrem darauf schauen, dass wir 2012 die Binnennachfrage stärken.

KOMPETENZ: Durch die Teuerungen passiert aber genau das Gegenteil – die Kaufkraft wird immer geringer.

Silvia Angelo: Es braucht jetzt natürlich Lohnabschlüsse so wie in der Metallbranche, die das absolut aufwiegen.

KOMPETENZ: Welche Instrumente würden Sie noch einsetzen?

Silvia Angelo: Es ist eine Frage der Budgetkonsolidierung. Man darf die Staatsschulden nicht ganz aus dem Ruder laufen lassen, aber man muss sehen, wie man das macht. Ausgabenseitige Budgetkonsolidierung wirkt sich immer besonders negativ auf das Wachstum aus. Bei den Einnahmen weiß ich wiederum, wenn ich hier etwas erhöhe, hat das viel geringere Effekte auf das Wachstum. Aber wenn ich sehe,

dass die Vermögensbesteuerung in Österreich sehr schwach ist, ist es konjunkturpolitisch und ökonomisch klug, wenn ich hier etwas mache, weil hier geht mir nichts ab. Diese Personen würden sparen statt konsumieren – und was ich brauche, ist Konsum. ■

© Nurih Wagner-Strauss



Kommentar



Kampfbereite Gewerkschaften

Um die Einkommen der Beschäftigten zu sichern, braucht es gute Gehaltsabschlüsse und weniger Steuerbelastung.

Von Wolfgang Katzian

Um durchschnittlich 4,2 Prozent steigen die Einkommen der Beschäftigten in der Metallindustrie. Das ist nicht nur ein toller Erfolg der kampfbereiten Gewerkschaften, BetriebsrätInnen und Beschäftigten, sondern auch ein wichtiger Ausgleich für die aktuell sehr hohe Teuerungsrate. Die ausverhandelte Mindesterhöhung von 90 Euro garantiert, dass die untersten Einkommen, die von der hohen Inflation am stärksten betroffen sind, in den Genuss der größten prozentuellen Erhöhung kommen. Wichtig ist auch die deutlich verbesserte Anrechnung der Karenzzeiten, die uns der Verringerung der Einkommensschere wieder einen Schritt näher bringt.

Traditionsgemäß hat der Abschluss in der Metallindustrie zudem weit über die Branche hinausgehende Bedeutung und ist die Messlatte für alle weiteren Branchen – allen voran für den Handel mit rund einer halben Million Betroffenen. Angesichts konstant hoher Gewinne in der Handelsbranche werden es die Arbeitgeber in diesem Jahr äußerst schwer haben,

ihren Beschäftigten eine vergleichbare Erhöhung zu verweigern. Auch die Auswahl an Argumenten gegen eine Verbesserung der Karenzanrechnung ist für eine Niedriglohnbranche, in der mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, äußerst beschränkt. Entsprechend kämpferisch war daher die Stimmung bei den HandelsbetriebsrätInnen bereits zu Beginn der Verhandlungen.

Der Abschluss in der Metallindustrie ist die Messlatte für alle anderen Branchen.

Nun ist es aber mit einer kräftigen Erhöhung der Löhne und Gehälter leider nicht getan, denn die ArbeitnehmerInnen müssen einen wesentlichen Teil der mühsam erkämpften Lohnerhöhung sofort wieder an die Finanzministerin abtreten. Das ist gut für den Staatshaushalt, der dadurch zu neuen Mitteln kommt. Ein faires Steuersystem sieht allerdings anders aus. Derzeit liegt Österreich nämlich im absoluten europäischen Spitzenfeld was die Steuerbelastung eines Durchschnittseinkommens und was die

Höhe des niedrigsten Steuersatzes betrifft. Abgeschlagen unter allen Industrieländern sind wir dagegen bei der Besteuerung von Vermögen.

Dass unser Steuersystem alles andere als fair ist, hat auch die Finanzministerin in ihrer Budgetrede im Oktober bestätigt. Den Eingangsteuersatz von 36,6 Prozent hat sie als leistungsfeindlich bezeichnet. Dazu kann ich nur erwidern: Liebe Frau Ministerin Fekter, wir teilen ihre Meinung in diesen Punkten zu 100 Prozent! Außerdem freuen wir uns, dass Sie sich offenbar von unserem Steuerprogramm inspirieren lassen.

Für das kommende Jahr erwarten wir uns daher ernsthafte Bemühungen Ihrerseits an diesem unfairen, leistungsfeindlichen Zustand etwas zu ändern. Eine Senkung des Spitzensteuersatzes für Einkommen über 60.000 Euro ist übrigens keine Maßnahme für mehr Steuergerechtigkeit. Mehr Steuergerechtigkeit erreichen wir nur durch eine echte Vermögenssteuer, eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer und eine marktnahe Bewertung von Grundstücken und Immobilien. ■



© Klaus-Peter Adler, Fotolia.com

Drastische Arbeitsverdichtung

Betriebsräte fordern Mitsprache beim Personalstand.

Der zunehmende Leistungsdruck ist das größte Problem der Betriebsratsarbeit. Das ist eine Folge von Unternehmensstrategien, wo die maximale Rendite für die Eigentümer und Anteilseigner im Mittelpunkt steht. „Die Anforderungen an die Belegschaften werden nicht nur immer wieder erhöht, sondern auch von oberster Stelle bis zu den einzelnen Mitarbeitern weitergegeben. Lange Arbeitszeiten, Überforderung bis hin zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Arbeitnehmer sind die Folge. Betriebliche Mitbestimmung kann die Auswirkungen jedoch abfedern“, fasst AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer die wichtigsten Ergebnisse einer Betriebsrätebefragung des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswis-

senschaften (ISW) im Auftrag der AK Oberösterreich zusammen.

Die Arbeitsverdichtung hat in vielen Bereichen ein nie gekanntes Maß erreicht und begonnen, die Gesundheit der Beschäftigten zu gefährden. Die im Betrieb geforderten Aufgaben können oft nicht bewältigt werden. Dazu kommen häufig sehr lange Arbeitszeiten und immer mehr Langzeitkrankenstände.

Zu dünne Personaldecken verschärfen den Leistungsdruck der Beschäftigten. Die BetriebsrätInnen fordern ein Mitspracherecht bei der Personalbemessung sowie bei der Festlegung von Zielvereinbarungen und Leistungsvorgaben.

Nachholen von Bildungsabschlüssen ab 2012 gratis

Menschen ohne Bildungsabschluss sollen diesen ab 2012 kostenlos nachholen können. Bund und Länder werden von 2012 bis 2014 insgesamt 54,6 Millionen Euro investieren und damit 12.400 Menschen beim Nachholen von Abschlüssen oder von Basisbildung unterstützen.

Diese Initiative des Unterrichtsministeriums ist ein wichtiges bildungspolitisches Signal für den Zugang bildungsferner Menschen zu lebensbegleitendem Lernen. Eine wesentliche Hürde beim Nachholen von Bildungsabschlüssen für meist einkommensschwache Personen wird damit beseitigt. Konkret sollen die Standards zur Abschluss-Nachholung bzw. Basisbildung bundesweit einheitlich geregelt und von den Ländern durchgeführt werden.

Für eine nachhaltige Pflegefinanzierung

Jetzt aktiv werden für gute Pflege und Betreuung – Appell an die Politik

Die Menschen in Österreich leben immer länger. Gleichzeitig steigt dadurch der Bedarf an Pflege und Betreuung. Der Pflegefonds, den die Regierung beschlossen hat, stellt bis 2014 die Finanzierung der Pflege sicher. Was danach kommt, ist ungewiss.



GPA-djp und vida haben ein Modell für einen solidarisch finanzierten bundesweiten Pflegefonds erarbeitet und der Öffentlichkeit präsentiert. Zur Finanzierung dieses Pflegefonds sollen insbesondere eine Vermögenssteuer und eine reformierte Erbschaftssteuer dienen.

Um den Druck zu erhöhen, diesen Pflegefonds der Zukunft für eine langfristige Finanzierung von Pflege und Betreuung durchzusetzen, haben die Gewerkschaften eine Online-Aktion gestartet. Per E-Mail können Sie die Landeshauptleute und die Abgeordneten des jeweiligen Bundeslandes auffordern, sich für eine langfristige Lösung einzusetzen, und Sie können sich in eine UnterstützerInnenliste eintragen.

Näheres unter www.gpa-djp.at



© Erich Müllegger

Streik!

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 165.000 Beschäftigten der Metallindustrie, der Bergwerke- und eisenerzeugenden Industrie sowie der Gas/Wärme kam es heuer zu österreichweiten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen. Eine Chronologie der Ereignisse.

Von Barbara Lavaud

22. September

Den Auftakt zur Herbstlohnrunde machen auch dieses Jahr wieder die Metaller mit der Forderungsübergabe. Den Beschäftigten soll mehr Geld im Börsel bleiben – die Inflationsrate beträgt 2,8 Prozent. Die Betriebsergebnisse sind überwiegend gut, der Motor brummt. Während der Krise haben alle den Gürtel enger geschnallt, nun ist es Zeit, den Beschäftigten wieder ihr Stück am Kuchen zukommen zu lassen. Auch die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen soll dieses Jahr Thema sein.

4. Oktober

Erste Verhandlungsrunde: Nachdem die Arbeitgeber 3,1 Prozent und eine Einmalzahlung von 200 Euro angeboten haben, werden die Verhandlungen abgebrochen. „Wir

wollen nachhaltige Gehaltserhöhungen, welche die Inflationsrate ausgleichen und die guten Ergebnisse der Betriebe abbilden“, betonen die Chefverhandler Karl Proyer (GPA-djp) und Rainer Wimmer (PRO-GE).

Streik-Blog

Nachlese: Den Ablauf der Ereignisse sowie zahlreiche Fotos aus Betrieben aus ganz Österreich finden Sie auf dem Streik-Weblog streik.gpa-djp.at/

5. Oktober

Bei einer Pressekonferenz fordern die Gewerkschaften erstmals öffentlich 5,5 Prozent und kündigen dafür auch nötigenfalls Kampfmaßnahmen an.

6.–11. Oktober

Bei Betriebsratskonferenzen werden die BetriebsrätInnen in allen Regionen über den Verlauf der Verhandlungen informiert. Wenig Verständnis gibt es für das niedrige Angebot der Arbeitgeber. Während Stundenproduktivität und Unternehmensgewinne enorm gestiegen sind, stöhnen die Beschäftigten unter der hohen Inflationsrate. Empörung macht sich breit.

An den Betriebsratskonferenzen nehmen über 2.500 BetriebsrätInnen teil, mehr als 500 Betriebsversammlungen werden abgehalten. Die Gewerkschaften holen sich die Streikfreigabe vom ÖGB.

12. Oktober

Zweite Verhandlungsrunde: Wieder werden die Verhandlungen wegen des zu niedrigen Angebots der Arbeitgeberseite abgebrochen. Die Zeichen stehen auf Arbeitskampf: Die Gewerkschaften rufen für den nächsten Tag zu ersten Warnstreiks auf und schließen einen Vollstreik nicht aus.

13. und 14. Oktober

In zahlreichen Metallbetrieben Österreichs stehen stundenweise die Bänder und Büros still, unter anderem im Opel-Werk in Wien-Aspern sowie bei der börsennotierten voestalpine in Linz.

Die Kampfmaßnahmen weiten sich im Laufe der beiden Tage mehr und mehr aus. In rund 200 Betrieben werden Betriebsversammlungen und Warnstreiks abgehalten. Immer mehr Betriebe beteiligen sich in ganz Österreich, darunter Andritz, Böhler, Bosch, BRP Powertrain, Liebherr, Magna, MAN Otis, Steyr, Plansee, Schöller-Bleckmann, Thyssen-Krupp, um nur einige zu nennen.

In manchen Betrieben wird nur stundenweise gestreikt, in anderen eine ganze Schicht lang oder den ganzen Tag. Rund 100.000 Beschäftigte befinden sich im Ausstand. Für den folgenden Montag, den 17. Oktober, werden unbefristete Maßnahmen angekündigt. „Wenn man Beschäftigte nicht ernst nimmt, dann machen sie ernst“, erklärt GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

16. Oktober

Am Sonntag kommt Bewegung in die Fronten, die Chefverhandler beider Seiten treffen sich zu Sondierungsgesprächen, mit dem Ergebnis, dass am Montag die Kollektivvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

17. Oktober

Dritte Verhandlungsrunde: Das Gesprächsklima bessert sich. Nach Mitternacht zeichnet sich eine Einigung ab. Trotzdem sind die Ver-

handlungen lange und zäh. Durchhalten bis vier Uhr früh.

18. Oktober

In den Morgenstunden können die Gewerkschaften einen erfolgreichen Kollektivvertragsabschluss präsentieren: Die Ist- und KV-Gehälter steigen durchschnittlich um 4,2 Prozent. Durch einen Mindestbetrag von 80 Euro steigen die Ist-Gehälter in den unteren Beschäftigungsgruppen um bis zu 5,3 Prozent! Es gibt keine Einmalzahlungen. Das neue Mindestgehalt liegt bei 1.583 Euro, die Lehrlingsentschädigung steigt um 4,3 Prozent, die Zulagen um 4 Prozent. Eine wichtige Verbesserung konnte auch für die Anrechnung von Karenzzeiten und damit für das Schließen der Einkommensschere erreicht werden. Wurden bisher maximal 10 Monate pro ArbeitnehmerIn für Vorrückungen angerechnet, so sind es künftig 16 Monate für jedes Kind.

„Ohne die großartige Unterstützung der Beschäftigten und der BetriebsrätInnen in den vergangenen Wochen, wäre dieser Erfolg insbesondere für niedrige Einkommen nicht möglich gewesen. Dafür gebührt allen Beteiligten großer Dank“, so die beiden Verhandlungsleiter Karl Proyer und Rainer Wimmer. ■





© Robert Kneschke, Fotolia.com

Neue Steuerideen – was bringt's?

Im Wochentakt verbreitet Finanzministerin Fekter über die Medien neue Steuerideen. Die GPA-djp hat einige der Vorschläge unter die Lupe genommen.

Von Martin Bolkovac

Was will Fekter nun – die Steuern erhöhen oder senken? Zuerst kam der sogenannte Integrierte Tarif aus Steuer- und Sozialversicherungsabgaben auf den Tisch, dann die Abschaffung der begünstigten Besteuerung freiwilliger Abfertigungen, und zuletzt waren es Öko-Steuern und die allgemeine Senkung der Abgabenquote. Was könnten all diese Ideen den ArbeitnehmerInnen bringen oder kosten?

Integrierter Tarif

Mit dem Schlagwort „Integrierter Tarif“ wird eine Vereinfachung des österreichischen Abgabensystems in Aussicht gestellt. Gemeint ist damit die Vereinheitlichung der

Bemessungsgrundlagen von Steuer- und Sozialversicherungssystem. Sozialabgaben würden nicht mehr das zu versteuernde Bruttoeinkommen reduzieren. Damit das Aufkommen gleich bleibt, müssten die Steuersätze und die SV-Abgabensätze bei einer Zusammenlegung dementsprechend umstrukturiert werden. Die Höchstbeitragsgrundlage würde generell fallen. Die Begünstigung des 13. und 14. Gehaltes würde ebenfalls aufgehoben und die Sonderzahlungen in den integrierten Tarif eingearbeitet werden.

Auf der Plusseite dieses Modells stehen eine unbestritten vereinfachte Lohnverrechnung und die bessere Transparenz des Abgabewesens. Außerdem eine gleich-

mäßiger anwachsende Progression anstelle von abrupten Steuersprüngen wie beim derzeitigen Eingangssteuersatz von 0 auf 36,5 Prozent.

Dagegen sprechen Probleme, die sich für die Sozialversicherungen ergeben könnten: Das österreichische System basiert auf einem engen Zusammenhang zwischen der Höhe der vom Bruttolohn abgeführten Beiträge und der Höhe der dadurch entstehenden Leistungsansprüche, z. B. bei der Pension oder beim Arbeitslosengeld. Dieser enge Zusammenhang würde wegfallen. Die Sozialversicherung könnte als selbstverwaltetes, öffentliches (aber nicht staatliches) System politisch zur Disposition gestellt werden. Das

erfolgreiche Modell der Beitrags-einhebung und Prüfung durch die Sozialversicherung anzutasten, wäre ein schwerer Fehler.

Um einen integrierten Tarif gerecht zu gestalten, dürften vorhandene Unterschiede nicht nivelliert werden: Dienstreisen, Kindererziehung oder die Länge des Arbeitsweges sowie andere außergewöhnliche Belastungen müssten wie bisher individuell beurteilt und steuerrechtlich anerkannt werden.

Freiwillige Abfertigungen

Einer von Fekters Vorschlägen für eine Steuererhöhung trifft klar die ArbeitnehmerInnen: Die Abschaffung der begünstigten Besteuerung von freiwilligen Abfertigungen. Unterliegt man der Abfertigung alt, können derzeit neben der gesetzlichen und einer kollektivvertraglichen Abfertigung drei zusätzliche Monatsbezüge im Rahmen einer freiwilligen Abfertigung mit sechs Prozent steuerbegünstigt bezogen werden. Beschäftigte, die unter die Abfertigung neu fallen, können bis zu 7.500 Euro mit sechs Prozent versteuern.

Die Ministerin regte an, beide Vergünstigungen zu streichen. Wenn jemand z. B. 2.500 Euro brutto verdient, in der Abfertigung alt ist und eine freiwillige Abfertigung von drei Monatsbezügen erhält, bekommt er/sie derzeit 7.500 Euro brutto, was netto 7.050 Euro ergibt. Nach dem Vorschlag von Fekter würden netto bloß 4.300 Euro übrig bleiben, also ein Realverlust von 2.750 Euro – eine saftige Steuererhöhung!

Senkung der Abgabenquote

Als mittelfristiges Ziel nennt das Finanzministerium eine Senkung

der Abgabenquote von derzeit 43 Prozent auf 40 Prozent. Die Abgabenquote gemessen am BIP liegt in Österreich im oberen Mittelfeld der Industriestaaten. Im Grunde ist dieser Wert aber wenig aussagekräftig.

Ohne hohe Abgabenquote sind ein ausgebauter Sozialstaat und eine öffentliche Infrastruktur mit hoher Qualität nicht möglich. Gerade heute, wo die Finanzierung wichtiger Dienstleistungen wie Pflege und Betreuung oder Bildung nicht einmal mittelfristig gesichert sind, wäre eine radikale Senkung der Staatseinnahmen mehr als fahrlässig. Bereits zwischen 1980 und 2005 sind die durchschnittlichen

Eine stärkere Besteuerung von Kapital und Vermögen würde die Steuergerechtigkeit erhöhen.

Einkommensteuer-Höchstsätze der Industrieländer durch aggressiven Steuerwettbewerb nach unten von 60 auf 45 Prozent und die durchschnittliche Unternehmensbesteuerung von 45 auf 30 Prozent abgesenkt worden. Es sind heute gerade Länder mit sehr niedrigen Abgabenquoten wie Griechenland, Irland oder Rumänien, die die größten wirtschaftlichen Probleme haben.

Spitzensteuersatz

Selbstverständlich ist gegen eine Entlastung der ArbeitnehmerInnen aus gewerkschaftlicher Sicht nichts einzuwenden. Fekter kritisiert aber vor allem die Steuerbelastung der SpitzenverdienerInnen und die ihrer Meinung nach zu niedrige Grenze von 60.000 Euro, ab der der Höchststeuersatz greift. Diese Grenze wurde jedoch erst bei der letzten Steuerreform radikal angehoben. Die von verschiedenen

PolitikerInnen immer wieder vorgebrachten Behauptungen, dass Österreich weltweit im obersten Bereich bei den Einkommenssteuerehöchstätzen ist, sind schlicht falsch (außer man rechnet absichtlich das 13. und 14. Gehalt heraus).

Nachdem Fekter die Senkung der Abgabenquote gefordert hatte, fiel ihr gleich noch eine Steuererhöhungsidee ein: In einem Interview forderte sie höhere Ökosteuern, gemeint sind hier höhere Massensteuern auf Energie und Treibstoff. Was wiederum – ähnlich wie eine Mehrwertsteuererhöhung – die Niedrigverdiener stärker treffen würde.

Weitaus sinnvoller wäre eine stärkere Besteuerung von Kapital und Vermögen, um die Steuergerechtigkeit in Österreich zu erhöhen. Vorschläge dazu und in anderen Ländern erfolgreich funktionierende Modelle qualifiziert die Ministerin polemisch als „Vorvergangenheit“ und „vergangenes Jahrhundert“ ab. ■



Herbert Pfarrhofer, APA, picturedesk.com



Das System verändern

Interview mit Florian Hohenauer, dem frisch gebackenen Vorsitzenden der GPA-djp-Jugend.

Von Christian Resei

KOMPETENZ: Was hat dich motiviert, für den Vorsitz der GPA Jugend zu kandidieren?

Florian Hohenauer: Das Vertrauen in die Politik ist derzeit vor allem unter jungen Menschen durch viele Skandale sehr gering. Das kann man nur dann ändern, wenn man sich persönlich engagiert und zeigt, dass es auch anders geht.

KOMPETENZ: Heißt das, du bist mit der derzeitigen Politik unzufrieden?

Florian Hohenauer: Wenn etwa die Menschen gegen den Wahnsinn der Börsen auf die Straßen gehen, sagen die Politiker zwar: „Es ist gut, dass sich die Leute für etwas interessieren“, aber ändern wollen sie trotzdem nichts. Mir ist es wichtig,

dass in der Politik endlich wieder auf die Menschen gehört wird.

KOMPETENZ: Was willst du als Bundesjugendvorsitzender verändern?

Der wichtigste Schritt wäre die gemeinsame Schule für alle SchülerInnen bis zum Ende der Schulpflicht.

Florian Hohenauer: Wir Jungen engagieren uns und wollen generell etwas am derzeitigen System verändern, denn wenn es so weitergeht wie bisher, werden die Leute ihr gesamtes Vertrauen in die Politik verlieren.

KOMPETENZ: Stichwort Lehrlinge: Was hat eure aktuelle Umfrage im Handel ergeben?

Florian Hohenauer: Das Echo war sehr groß. Wir haben alle Lehrlinge, die in den Handelskollektivvertrag fallen, angeschrieben und 1.600 Rückmeldungen bekommen. Ärgerlich ist, dass Lehrlinge in Österreich nach wie vor viele Überstunden machen müssen, obwohl das bei den meisten gegen das Gesetz verstößt. Schließlich dürfen Jugendliche unter 18 Jahren laut Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz keine Überstunden machen.

KOMPETENZ: Wie viele Lehrlinge sind von Überstunden betroffen?

Florian Hohenauer: Rund 67 Prozent der Handelslehrlinge sagen, dass sie regelmäßig Überstunden machen. Dabei werden die Überstunden häufig nicht abgegolten,

weder in Geld noch in Zeitausgleich. Die Crux dabei: Würden die Überstunden verrechnet, müsste den Lehrlingen ja auch der Facharbeiterlohn anteilmäßig bezahlt werden. In den meisten Fällen nehmen die Arbeitgeber auf diese Rechte überhaupt keine Rücksicht.

KOMPETENZ: Nehmen die Unternehmen denn wenigstens auf andere Rechte Rücksicht?

Florian Hohenauer: Nein, leider nicht wirklich. Viele Handelslehrlinge haben öfter als zweimal im Monat am Samstag Dienst. Das ist genauso problematisch, denn laut Gesetz dürfen sie nicht an zwei Samstagen hintereinander arbeiten. Wenn es also mehr als zwei Samstage im Monat sind, sagt das in der Regel auch aus, dass die Lehrlinge auch hintereinander arbeiten müssen. Bedenklich wird es auch, wenn es um Urlaub oder Krankenstand geht: Mehr als ein Drittel der Lehrlinge gibt an, ihr Chef vermittle ihnen, dass sie trotz Krankheit zur Arbeit kommen sollen. Rund 34 Prozent müssen um die Einteilung ihres Urlaubs kämpfen, können ihn also nicht nach ihren Wünschen konsumieren.

KOMPETENZ: Wie gehen die Lehrlinge mit der Ungerechtigkeit um?

Florian Hohenauer: Ihnen wird ein schlechtes Gewissen gemacht, wenn sie sich einmal weigern, und im Endeffekt geben sie zumeist

nach, weil sie freilich auch Angst um ihren Lehrplatz haben. Aber es ist natürlich klar, dass die Handelslehrlinge sowohl mit den Überstunden als auch mit den vielen Samstagsdiensten sehr unzufrieden sind. Aber der Druck ist extrem groß, jeder vierte Lehrling hat Angst, seine Lehrstelle zu verlieren.

KOMPETENZ: Die GPA-djp Jugend kämpft aber nicht bloß für die Lehrlinge ...

Florian Hohenauer: Neben den Lehrlingen und jungen ArbeitnehmerInnen kümmern wir uns vor allem um SchülerInnen und Studierende, aber freilich auch um atypisch Beschäftigte, KarenzgeldbezieherInnen und Zivil- und Präsenzdienstleistende.

KOMPETENZ: Was ist euer Angebot für die StudentInnen?

Florian Hohenauer: Gerade bei den Unis reagiert die Politik sehr abgehoben. Bei den Uni-Besetzungen etwa gab es viele Leute, die etwas verändern wollten. Die StudentInnen haben starke Forderungen gehabt. Aber einfach nicht mit ihnen zu reden, wie es der ehemalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn gemacht hat, habe ich arg gefunden. Selbstverständlich sind wir für einen freien Zugang zur Uni und jeder junge Mensch soll unabhängig von seiner Herkunft die Chance auf eine möglichst hohe Bildung haben.

KOMPETENZ: Die Beratung eurer Mitglieder ist ein Schwerpunkt. Was sind die häufigsten Fragen?

Florian Hohenauer: Wir haben sehr viel mit arbeitsrechtlichen Fragen zu tun. Viele SchülerInnen und StudentInnen arbeiten neben Schule und Studium oder in den Ferien. Wir überprüfen die Abrechnungen, denn da wird allzu häufig getrickst.

KOMPETENZ: Was kann die GPA-djp den SchülerInnen anbieten?

Florian Hohenauer: Wir informieren die SchülerInnen darüber, welche Rechte sie haben. Und wir kämpfen darum, dass AbsolventInnen von mindestens dreijährigen BMS oder BHS den Lehrabschluss für einen verwandten Beruf vollständig anerkannt bekommen. Für Schulen und Lehrberufe, die kein entsprechendes Pendant haben, sollen in Zukunft zumindest Teile angerechnet werden und es soll möglich sein, Vollabschlüsse nachzuholen.

KOMPETENZ: Wie kommen junge Menschen am besten mit euch in Kontakt, und wie können sie sich beteiligen?

Florian Hohenauer: Wenn ich SchülerIn, StudentIn oder Lehrling bin, dann kann ich mich in jedem Bundesland beteiligen. Regelmäßig finden Veranstaltungen, Sitzungen und auch lockere Zusammenkünfte statt. Da kann ich mitreden und mich auch generell informieren. Infos gibt es auf unserer Internetseite und in unsere Zeitschrift „Unity“.

Florian Hohenauer

Der 25-jährige Florian Hohenauer hat seine Lehre als Bürokaufmann in der AK Salzburg absolviert. Seit September ist er Vorsitzender der GPA-djp-Jugend. Wenn Florian nicht gerade arbeitet oder sich der gewerkschaftlichen Tätigkeit widmet, schätzt er englischsprachige Bücher, Filme und TV-Serien. Der gebürtige Salzburger ist Nachfolger des Niederösterreichers René Pfister.

GPA-djp Jugend - Kontakt

Telefonisch ist die GPA-djp-Bundesjugend erreichbar unter 05 03 01-21510 oder unter jugend@gpa-djpa.at. Alle Infos und die Kontakte zu den regionalen Jugendabteilungen findest du auf www.jugend.gpa-djp.at.



Arztbesuche nur in der Freizeit?

Gemäß einem aktuellen Gerichtsurteil haben auch Teilzeitbeschäftigte Anspruch auf Dienstverhinderung. Ein Erfolg für die GPA-djp OÖ.

Von Eva Kačar

Dienstverhinderungen

Grundsätzlich gilt für jede/n Beschäftigte/n, dass Arztbesuche, Behördengänge oder Ähnliches – wenn möglich – in die Freizeit zu verlagern sind. Es gibt aber immer wieder Dienstverhinderungsgründe, die an einen fixen Termin gebunden sind und sich nicht verschieben lassen. Zum Beispiel ein Arzt, der nur zu „meinen“ fixen Dienstzeiten geöffnet hat, oder die Sponsionsfeier des Kindes, für die der Termin fremdbestimmt ist etc.

Wenn also wichtige, die Person betreffende Gründe vorliegen, die ein Erscheinen am Arbeitsplatz nicht möglich machen, so muss der Dienstgeber weiterhin Entgelt bezahlen und darf keine Zeitausgleichsstunden oder Urlaub abziehen.

Bei Fragen zu Dienstverhinderungen beraten wir Sie gerne: 05 03 01-301

Susanne F. aus Linz ist Teilzeitbeschäftigte bei einer großen Drogeriekette und besuchte die Sponsionsfeier ihres Kindes, wofür ihr der Arbeitgeber im Nachhinein Zeitausgleichsstunden abzog. Als Teilzeitkraft wäre sie ja flexibel und hätte den Dienst tauschen oder sich frei nehmen können, so die Begründung dafür.

Susanne F. erkundigte sich bei der GPA-djp in Oberösterreich, ob denn so eine Vorgehensweise korrekt sei. Die RechtsexpertInnen der Gewerkschaft waren anderer Ansicht und intervenierten für die Beschäftigte beim Dienstgeber. Da dieser allerdings auf seinem vermeintlichen Recht beharrte und man sich nicht einigen konnte, beschloss Susanne F., die Angelegenheit mithilfe der GPA-djp vor dem Arbeitsgericht klären zu lassen – und gewann!

Das Urteil im Wortlaut: „Auch eine teilzeitbeschäftigte Person hat Anspruch auf Dienstverhinderungen. Es ist ArbeitnehmerInnen

nicht zumutbar, extra Zeitausgleich zu nehmen, Dienste zu verschieben oder zu tauschen. Der an dem besagten Tag eingetragene oder vereinbarte Dienst ist als Basis heranzuziehen, und in diese Zeit fallende Dienstverhinderungen sind zu berücksichtigen. Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, das volle Risiko einer Dienstverhinderung auf den Arbeitnehmer abzuwälzen.“

Regionalgeschäftsführer Andreas Stangl freut sich über den Erfolg: „Mit diesem Urteil tragen wir massiv dazu bei, dass die Lage von Teilzeitbeschäftigten, und das sind überwiegend Frauen, verbessert wird. Viele Arbeitnehmerinnen sind doppelt belastet, da sie Kinder betreuen oder Angehörige pflegen. Manche würden gerne mehr arbeiten – schließlich ist das ja auch eine finanzielle Frage –, schaffen es aber nicht. Diesen Menschen hilft es sehr, wenn sie sich nicht auch noch für jeden Arztbesuch oder Behördengang extra frei nehmen müssen.“



Trauer um Norbert Nischkauer

Mit Norbert Nischkauer hat die GPA-djp einen Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und Experten für energiepolitische Fragen verloren.

Seine berufliche Karriere hatte Nischkauer 1959 im damaligen VERBUND-Standort Hesselberg begonnen. Ab 1974 fungierte der engagierte Arbeitnehmervertreter als Zentralbetriebsratsvorsitzender der Verbundgesellschaft und wurde 1978 zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter des VERBUND-Aufsichtsrats gewählt. Ab Anfang der 1990er-Jahre übernahm Nischkauer die Funktion des Vorsitzenden der ARGE Zentralbetriebsrat des Verbundkonzerns und setzte sich mit all seiner Kraft für seine KollegInnen im Konzern ein.

Gewerkschafter mit Herz

Er war außerdem Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der GPA-djp, Mitglied des GPA Zentralvorstands, später des GPA-djp Bundesvorstands und führte viele Jahre lang die Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten der Energieversorgungsunternehmen.

Er prägte viele Jahre hinweg das politische Profil der GPA-djp mit und stand für eine Gewerkschaftspolitik, die neben der unmittelbaren Interessenvertretung im Betrieb immer auch den gesellschaftspolitischen Anspruch der Organisation in den Vordergrund stellte. Für viele in der GPA-djp war er ein väterlicher Freund, der gerade den jüngeren GewerkschafterInnen mit auf dem Weg gab, dass gewerkschaftliches Engagement sehr viel mit Herz und Leidenschaft zu tun hat.

Anerkannter Experte

Norbert Nischkauers Fach- und Lösungskompetenz war über alle Parteigrenzen hinweg bekannt und geschätzt. Besonders seine Gabe, Menschen unterschiedlicher Ansichten zusammenzubringen, und mit viel Ausdauer und Geduld gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, prägte eine Kultur, von der sowohl die Gewerkschaft als auch die österreichische Energiewirtschaft bis zuletzt sehr profitierte.

Ein Gutteil der österreichischen Energiegesetze trägt seine Handschrift. Dieser Einsatz brachte ihm hohe Auszeichnungen wie etwa das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik ein.

Liebe zur Musik

So leidenschaftlich wie in seinem Einsatz für arbeitende Menschen, war Nischkauer auch in seiner Liebe zur Musik – dabei besonders zur Wiener Musik und zur Operette. Eine Ehrenprofessur würdigte seine wissenschaftliche Arbeit in diesem Bereich.

Norbert Nischkauer verstarb am 26. Oktober, wenige Wochen vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. Der Tod unseres alten Freundes und treuen Weggefährten hinterlässt eine große und schmerzhaft Lücke. Wir alle werden Norbert Nischkauer sehr vermissen. Unser Mitgefühl gilt seiner trauernden Familie. ■

Atlas der Globalisierung spezial. Das 20. Jahrhundert. Der Geschichtsatlas.

Über 130 Karten und Schaubilder. Le monde diplomatique 2011. € 12,-

Ein historischer Atlas, der das vergangene Jahrhundert abbildet: 100 Jahre auf 100 Seiten. Die Herausforderung ist gewaltig und wird bravours gemeistert mithilfe von Karten und Infografiken, die Geschichte anschaulich machen und – man möchte fast sagen – überschaubar werden lassen. Erläutert werden diese Schautafeln durch Texte von Fachleuten und Wissenschaftlerinnen.

Den Atlas gibt es seit 2003, diese neue Ausgabe führt uns eine veränderte Welt vor Augen: zahlreiche Krisen, der Aufschwung der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China)

und die zumindest teilweise neue Politik der Weltmacht USA.

Im ersten Teil werden die großen ethnischen, politischen und militärischen Konflikte bis 1945 beleuchtet – vom Ersten Weltkrieg über den



Spanischen Bürgerkrieg bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion, vom Zerfall der „alten Reiche“ über die Finanzkrise von 1929 bis zum Aufstieg Hitlers und Mussolinis. Der zweite Teil befasst sich mit den Konfrontationen und

Konflikten nach 1945 – vom Apartheid-Regime in Südafrika über den Vietnamkrieg bis zum Prager Frühling. Im dritten Teil geht es um die großen sozialen und kulturellen Revolutionen: Um die Europäische Union, um den Siegeszug der Technik, um die Frauenemanzipation, die Popkultur, u. v. a. m.

Dieser „beste politische Reiseführer der Welt“ – das Lob stammt vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac – ist verständlich aufbereitet und mithilfe der Infografiken können auch komplexe Themen gut dargestellt werden. Mit einem guten Atlas verhält es sich allerdings ähnlich wie mit einem guten Film: Man muss ihn angesehen haben, um zu verstehen, was ihn so besonders macht.

Barbara Lavaud

Kurto Wendt: Sie sprechen mit Jean Améry, was kann ich für Sie tun?

Milena Verlag, Wien 2011, 150 Seiten. € 16,90

Kurto Wendt ist ein kurzweiliger Debütroman über das telefonierende Fußvolk der Call-Center-MitarbeiterInnen gelungen. Frank Smutny ist Anfang 30 und arbeitslos. Die Tücken des



Arbeitsmarktservice, das sich seit einigen Jahren nicht mehr „Amt“ und die Beschäftigungslosen jetzt „KundInnen“ nennt, kennt er zur Genüge. Also wird auch ihm eine Stelle vermittelt, die er gar nicht möchte: Frank

Smutny muss sechs Wochen lang als „Agent“ im Call-Center von

T-Mobile arbeiten. Über diese Zeitspanne erstreckt sich der Roman.

Der Autor verschafft den LeserInnen einen interessanten und bisweilen unterhaltsamen Einblick in die Arbeitsweise der Telefonzentralen von Telekom-Unternehmen: wie die Kunden/-innen aufgrund ihrer Rechnungshöhe in den Gold-, Silber-, Blech- oder Platin-Status eingestuft werden, wie übermotivierte Manager das telefonierende „Fußvolk“ für die Unternehmensinteressen zu gewinnen versuchen, wie die Call-Center-„Agents“ rund um die Uhr überwacht werden, wie viele Anrufer sie schaffen „abzuarbeiten“ und wie sie dabei mit den „größtenteils narzisstischen, querulantschen“ Kunden/-innen umgehen.

Damit diese Arbeitsbedingungen möglichst an ihnen abprallen, können sich die Beschäftigten, so

rät man ihnen, ein Pseudonym zulegen. Frank Smutny greift auf den Namen Jean Améry zurück. Den aus Österreich geflohenen jüdischen Schriftsteller kenne in Österreich ohnehin niemand, wie Smutny süffisant anmerkt. Denn der Autor verhehlt nicht seinen politischen Hintergrund: Er war einer der MitorganisatorInnen der „Donnerstags-Demos“ (2000–2002) gegen die VP-FP-Regierung. Kurt Wendts Debütroman ist auch ein Roman über Österreichs jüngere Geschichte und Mentalität. Frank Smutny trägt zudem Züge eines ermittelnden Kommissars, der in der Einsamkeit der Großstadt auch das eine oder andere (Liebes-)Abenteuer eingeht und seine Freiheit genießt. Frei will er vor allem von den Zwängen des Kapitalismus sein.

Heike Hausensteiner

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.



© Kaarsten, Fotolia.com

Zufrieden mit der Provision?

Online-Umfrage der neuen GPA-djp-Interessengemeinschaft work@point-of-sale.

Wussten Sie, dass es für Provisionen gesetzliche Spielregeln gibt? Dass Sie das Recht auf einen Buchauszug über die abgeschlossenen Geschäfte haben? Dass Ihr Arbeitgeber bestehende Vereinbarungen nur mit Ihrer Zustimmung verändern kann?

Wenn Sie als VerkäuferIn, KundenberaterIn, ProduktberaterIn, BankkundenberaterIn oder in einem anderen Verkaufs- und Beratungsberuf arbeiten, dann ist die neue Interessengemeinschaft work@point-of-sale für Sie richtig. Sie will jene 350.000 Menschen, die österreichweit in Verkauf und Beratung tätig sind, unterstützen und besser vernetzen. Dafür bietet die work@point-of-sale sowohl persönliche

Informations- und Serviceleistungen als auch die Möglichkeit zur Mitwirkung an. Erfahrungsaustausch und Erarbeiten von gemeinsamen Zielen und Forderungen für die Berufsgruppe stehen ganz oben auf der Agenda. Die Interessengemeinschaft bietet natürlich auch Beratung zum Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Kollektivvertrag, Bezahlung etc. an.

Die work@point-of-sale möchte wissen, ob Sie mit Ihrer Provision zufrieden sind und die Regelungen als fair empfinden. Auch wenn Sie noch nicht Mitglied der GPA-djp sind, können Sie an unserer Online-Umfrage teilnehmen und sich kostenlos in die work@point-of-sale eintragen: www.gpa-djp.at/sale

Kritik an Innsbrucker Shopping-Night

Nach der ersten Innsbrucker Shopping-Night im Oktober lief bei der GPA-djp das Beratungstelefon heiß: Die Beschäftigten beklagten vor allem die nicht eingehaltenen Ruhezeiten. Viele mussten im Zuge des Events bis zu 14 Stunden arbeiten und am nächsten Tag um 9 Uhr wieder im Geschäft stehen. Außerdem schlossen einige Geschäfte bereits um 20 Uhr ihre Pforten und manche Unternehmer sprachen von Umsätzen um die 50 Euro.

Die größten Probleme ortete GPA-djp-Regionalgeschäftsführer Harald Schweighofer bei einigen renommierten Innsbrucker Firmen, die sogar so weit gingen, dass sie den Angestellten die geleisteten Stunden nicht auszahlen wollten.

Bildungskarenz wird Dauerrecht

Wegen des großen Erfolges wird die Bildungskarenz nun Dauerrecht. 2009 war die Bildungskarenz attraktiver gestaltet worden, indem unter anderem die Anwartschaftszeit auf sechs Monate Beschäftigung (davor ein Jahr, bis 2008 drei Jahre) im selben Betrieb verkürzt wurde. Zudem war bereits 2008 statt einem fixen Weiterbildungsgeld-Betrag, der bei 14,53 Euro pro Tag lag, ein fiktives Arbeitslosengeld eingeführt worden. Die Reform 2009 war als „Krisenmodell“ gedacht gewesen, hat aber dazu geführt, dass sich die Bildungskarenz gut etabliert hat. ArbeitsmarktexpertInnen hatten die Regelung gelobt, da sie Unternehmen dabei helfe, in wirtschaftlichen Krisenzeiten ihren Personalstand zu halten.

Bildungskarenz kann für die Dauer von mindestens zwei Monaten bis maximal einem Jahr vereinbart werden. Voraussetzung ist die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme von mindestens 20 Wochenstunden – für Personen, die Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr betreuen müssen, 16 Wochenstunden. Zur Jahresmitte 2011 waren rund 6.500 Personen in Bildungskarenz.

© Gina Sanders, Fotolia.com





© S. Kobold, Fotolia.com

„Noch im 19. Jahrhundert“

Freie Dienstnehmerinnen haben Anspruch auf Kindergeld, nicht jedoch auf die Schutzbestimmungen aus dem Mutterschutzgesetz. Sie in die gesetzlichen Regelungen einzubeziehen, fordert daher die Gewerkschaft.

Von Heike Hausensteiner

Franziska hat Glück gehabt: Sie ist freie Dienstnehmerin und arbeitet seit vier Jahren für das gleiche Medienunternehmen. Vor eineinhalb Jahren brachte sie eine gesunde Tochter zur Welt und konnte nach der Karenz in ihr altes Unternehmen zurückkehren. Mit der ersehnten Anstellung wurde es zwar wieder nichts, da Franziska in Teilzeit arbeiten wollte, kürzte man ihr Monatspauschale auf zwei Drittel. Immerhin kann sie aber so wieder Geld verdienen. Weniger hold war das Schicksal Laura Weißenbach: Ebenfalls als freie Dienstnehmerin

arbeitete sie in einem Architekturbüro. Sie war Projektleiterin für – mündlich vereinbarte – 40 Wochenstunden, auf den Dienstvertrag und die Anstellung, wie in Aussicht gestellt, wartete sie vergebens. Als sie schwanger wurde, vorzeitige Wehen bekam und drei Monate vor der Geburt zu arbeiten aufhören musste, „hat es im Unternehmen einen großen Aufschrei gegeben“, erzählt Weißenbach im Interview. Man warf ihr vor, ein laufendes Projekt in die roten Zahlen zu treiben, sie solle eine ordentliche Projektübergabe

machen. „Ich war dann nicht nur einmal eine Stunde im Büro, sondern sehr oft viele Stunden.“

Moralischer Druck

Die Gynäkologin und der Amtsarzt hatten Laura Weißenbach Bettruhe verordnet. Ihr Arbeitgeber rief sie zu Hause an, setzte sie moralisch unter Druck und nötigte sie dazu, das Projekt fertig zu machen. „Theoretisch hätte ich klagen können“, sagt Weißenbach rückblickend, „aber praktisch ist das nicht so einfach. Mein Arbeitgeber hatte viele

Kollegen in der Branche, er hätte mich überall schlecht machen können, und ich hätte vielleicht in keinem Architekturbüro mehr einen Job gekriegt.“ Jetzt ist ihre Tochter 14 Monate alt, und Laura Weißenbach arbeitet für ein anderes Büro – auf Basis eines Werkvertrages als neue Selbstständige.

Mutterschutz verwehrt

Von einer „rechtlichen Lücke“ spricht denn auch Barbara Marx, Leiterin der Bundesfrauenabteilung in der GPA-djp. Aufgrund von Beratungsgesprächen weiß die Gewerkschaft von immer mehr Fällen, in denen Arbeitgeber freie Dienstnehmerinnen stark unter Druck setzen. Denn für freie Dienstnehmerinnen gilt das Mutterschutzgesetz (MSchG) nicht. „Aber diese Mutterschutzregelungen haben ja alle Sinn“, unterstreicht Marx. Freie Dienstnehmerinnen verdienen genauso viel, wie sie arbeiten; wenn betroffene Frauen in der Schwangerschaft weniger leistungsfähig sind, nicht mehr permanent stehen und sitzen können, möglicherweise mehr Pausen einlegen müssen oder öfter krank sind, verdienen sie sofort weniger. „Aus einer prekären freien Dienstnehmerin wird eine prekäre Kindergeldbezieherin“, formuliert es Andrea Schober von der GPA-djp-Interessengemeinschaft work@flex, einer Plattform für Menschen mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die Höhe des Wochengeldes und des Kindergeldes richtet sich nämlich nach der Durchschnittshöhe der letzten drei Monate vor der Geburt. Dass für freie Dienstnehmerinnen die Mutterschutzbestimmungen nicht gelten und sie im Wochenschutz und in der Karenz, beim einkommensabhängigen Kinderbetreu-

ungsgeld, einen enormen finanziellen Einbruch haben, ist aus Sicht von Andrea Schober „eine klare Diskriminierung“.

Umgehungsverträge

Der freie DienstnehmerInnen-Vertrag ist ein österreichisches Unikum, „ein absurdes Zwitterding“ nennt ihn Frauensekretärin Barbara Marx: Die „Freien“ sind steuerlich selbstständig, aber sozialversicherungsrechtlich unselbstständig – jedenfalls sind sie für Unternehmen oft die günstigere Variante im Vergleich zu einer Anstellung. Daher sind in vielen Fällen freie Dienstverträge Umge-

oft ein Sprungbrett ins Arbeitsleben. Jobanfängerinnen sind hier überdurchschnittlich stark vertreten. Entsprechend werden Frauen dieser Altersgruppe auch häufiger schwanger“, interpretiert Schober die Statistik.

Hinzu kommen jene freien Dienstnehmerinnen, die möglicherweise gar kein Wochengeld beantragt und weitergearbeitet haben, so Andrea Schober. Außerdem unterstreicht sie die deutlich gestiegene Anzahl der Wochengeldbezieherinnen von 2.200 im Jahr 2008 auf 3.100 im Jahr 2010 – und das, obwohl die Gesamtzahl der freien Dienstverträge seit der Einbeziehung in die Sozialversicherung um über 28 Prozent gesunken ist.

Kein Mutterschutz, kein Rückkehrrecht, kein Kündigungsschutz als freie Dienstnehmerin – was hat Laura Weißenbach aus

dieser ihrer Erfahrung mitgenommen? „Ich bin normalerweise nicht empfindlich, sondern gut aufgestellt und relativ gut informiert, ich bin kein typisches Opfer. Aber Frauen die nicht so selbstbewusst sind, müssen sich noch viel ärger unter Druck gesetzt fühlen als ich.“

Freie Dienstnehmerinnen sind bei den Mutterschutzbestimmungen eindeutig diskriminiert.

hungsverträge. Seit 2008 sind freie Dienstnehmerinnen sozialversichert, schwangere Freie erhalten dadurch auch Wochengeld (gemessen am Gehaltsdurchschnitt der letzten drei Monate) – davor gab es pauschal acht Euro pro Tag. „Aber beim Mutterschutzgesetz haben es die Arbeitgeber bis jetzt verweigert, auch die freien Dienstnehmerinnen mit einzubeziehen. Dort sind wir praktisch noch im 19. Jahrhundert“, meint Schober.

Die Zahlen geben der Gewerkschaft recht: Denn statistisch betrachtet werden fast ein Drittel mehr freie Dienstnehmerinnen schwanger als Angestellte und Arbeiterinnen. Von den über 1,6 Millionen unselbstständig erwerbstätigen Frauen im Vorjahr bezogen ca. 14.000 Wochengeld, unter den rund 10.000 freien Dienstnehmerinnen gab es jedoch 3.100 Wochengeldbezieherinnen. „Der freie Dienstvertrag ist

Video

Das aktuelle Video zu Thema „Mutterschutz für freie Dienstnehmerinnen“ finden sie auf www.gpa-djp.at



Mobile Tagging: Mit diesem Code kommst du direkt zur Website. Du brauchst ein Mobiltelefon mit Kamera und Internetzugang.



GROSSES QUIZ:

WER BRINGT DAS WEIHNACHTSGELD?

- DER WEIHNACHTSMANN?
- DAS CHRISTKIND?
- DER KOLLEKTIVVERTRAG
DER GPA-djp?

EINE INITIATIVE DER

GPA **djp**

GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER



**SPIELEN
SIE MIT!**

www.gpa-djp.at



© Mauthausen Komitee Österreich

Respekt.net

Investitionen in die Zivilgesellschaft: Eine Internet-Plattform für gesellschaftspolitisches Engagement zur Verbesserung der Welt.

Respekt.net bringt Menschen mit Ideen mit potenziellen UnterstützerInnen zusammen. Auf der Projektbörse werden sinnvolle Projekte schnell und einfach vielen Menschen zugänglich gemacht. So erhöht Respekt.net die Umsetzungschancen guter Ideen zur Verbesserung der Welt.

Mit der Projektbörse will Respekt.net vor allem Einzelpersonen und Gruppen helfen, ein lebendiges Forum für ihr Engagement zu finden. Selbstverständlich steht Respekt.net auch Vereinen und Unternehmen offen.

Das Ziel von Respekt.net ist es, Vorhaben zu fördern, mit denen BürgerInnen und Organisationen das private, wirtschaftliche und öffentliche Leben voranbringen.

Ermöglichen Sie mit Geld, Wissen oder Zeit die Umsetzung engagierter Anliegen. Jedes Projekt und jede Spende ist eine Investition in eine bessere Gesellschaft, z. B. das Projekt zur Förderung der Zivilcourage von Jugendlichen.

Nähere Informationen über die Möglichkeiten der Unterstützung finden Sie unter: www.respekt.net

Vorsicht, Zinsen- und Spesenfallen!

Die Sparbuch-Zinsen für jederzeit abhebbares Geld sind im Keller – im Schnitt 0,125 Prozent. Sparcards, Direktbanken und eine längere Bindung bringen höhere Zinsen. Das zeigte ein AK-Sparzinsentest bei 30 Banken und Direktbanken in Wien zum Weltspartag.

Tipps der AK-Konsumentenschützer:

Vergleichen Sie die Sparzinsen. Verhandeln Sie mit Ihrer Hausbank über die Zinsen. Achtung vor Zinsenfallen bei gebundenen Sparbüchern, wenn sie vorzeitig Geld abheben. Die Vorschuss-Zinsenfalle beträgt ein Promille pro Monat des abgehobenen Betrages.

Einen Zinsenvergleich finden Sie unter: www.ak-bankenrechner.at

Aktuelle KV-Runden

Auch in diesem Herbst werden von der GPA-djp wichtige Kollektivverträge mit Signalwirkung verhandelt. Angesichts der zuletzt extrem hohen Teuerung (siehe Coverstory) bekommen die Runden in diesem Herbst eine besondere Brisanz.

Nach der Verhandlungsrunde in der Metallindustrie, die, begleitet von Kampfmaßnahmen und Streiks, zu einem sehr guten Ergebnis führte und große öffentliche Beachtung fand, verhandelt die GPA-djp im November für die 450.000 Angestellten im Handel. Im Mittelpunkt steht

dort die besondere Berücksichtigung der Einkommen der beschäftigten Frauen, etwa durch eine verbesserte Anrechnung der Karenzzeiten. Ende November starten die Verhandlungen für die etwa 80.000 Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS), die auch einen sehr hohen Frauenanteil aufweisen. Auf der Homepage der GPA-djp finden Sie die Berichte über den aktuellen Verhandlungsstand der jeweiligen Kollektivverträge. Bei der Suche nach dem für Sie geltenden Kollektivvertrag hilft die KV-Suche.

Mehr dazu unter:
www.gpa-djp.at/kollektivvertrag





WBVGPA / trans_city

Erfolgreich kostengünstig bauen

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte konnte bei einem Wettbewerb zum Thema „Kostengünstiges Bauen“ mit dem Projekt „Modell Anger/Shared Space“ punkten.

Von Michael Gehbauer

Gesucht wurden Bauprojekte, die neue und zeitgemäße Ansätze zum kostengünstigen Wohnen anbieten. Das siegreiche Team setzte sich aus folgenden Partnern zusammen:

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (Bauträger), trans_city TC ZT GmbH (Architektur), J. Brech (Soziale Nachhaltigkeit), G. Rennerhofer (Landschaftsarchitektur) und Walk Space (Verkehrsplanung). Der Beitrag „Kostengünstiges Bauen – Modell Anger/Shared Space“ verfolgt den Ansatz kostengünstiges Bauen und hochwertige Architektur miteinander zu verbinden.

Niedrige Baukosten – niedrige Belastung für MieterInnen

Entsprechend der Unternehmensphilosophie des Bauträgers WBVGPA: „Menschen – Maßstäbe – Meilensteine“ wurde versucht, ein Projekt zu entwickeln, das außer-

ordentlich günstige Mietkonditionen bietet. Mit Eigenmitteln in der Höhe von € 100,-, einer Nettomiete von knapp unter € 3,-, Betriebskosten von € 1,- und einer Bruttomiete inklusive Betriebskosten und Baurechtszins von ca. € 6,- pro Quadratmeter Wohnnutzfläche wurden sehr engagierte Vorgaben erreicht. Die Grundkosten konnten durch das von der Stadt Wien zugesagte Baurecht gegenüber vergleichbaren Projekten reduziert werden.

Mit welchen Maßnahmen wurden nun diese Ziele erreicht?

Aus der Idee, die Tiefgarage wegzulassen, entstand die Idee des Angers, neusprachlich Shared Space. Anger ist eine Metapher für räumliche und soziale Qualität. Der Shared Space ist eine von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern gemeinsam genutzte Fläche mit vielseitig

nutzbaren Freiraumangeboten. So wurde der Beweis geführt, dass kostengünstiges Bauen und hohe soziale und räumliche Qualität in Einklang gebracht werden können. Das Motto lautet: Baukostenreduktion ja, jedoch bei gleichzeitiger Wahrung von Qualität und Atmosphäre in Architektur und Freiraum.

Keine Tiefgarage, kein Kellergeschoss

Durch die ebenerdige Parkplatzanordnung (Anm.: die Pkw-Abstellplätze sind in das Erdgeschoß der Wohnhäuser wie offene Schachteln „hineingeschoben“) war die Mehrfachnutzung der Freiflächen zu überlegen und zu organisieren. Dies ist in Kooperation mit Walk Space, einem Verein, der sich für Fußgängerinteressen einsetzt und ständig an der Entwicklung von fußgänger-tauglicher Verkehrsplanung arbeitet, gut gelungen.

Keine Aufzüge

Eine weitere umgesetzte Maßnahme war der Verzicht auf Aufzüge. Da die Widmung eine Bebauung in der Bauklasse I beschränkt auf 7,5 Meter vorsah, war es möglich, die drei Geschosse ohne Aufzug zu erschließen. Der Barrierefreiheit wurde insofern Rechnung getragen, als die Nachrüstbarkeit von Aufzügen zu einem späteren Zeitpunkt durch bauliche Vorkehrungen sichergestellt wurde.

Standardisierte Bauteile, Grundrissoptimierung

Weiters werden standardisierte und industriell angebotene Bau- und Objektteile wie Treppen, Sanitäreinrichtung, Geländer etc. Verwendung finden.

Bei den Grundrissen der Wohnungen wurde auf Kompaktheit und Flächeneffizienz größten Wert gelegt. Auf Gemeinschaftsräume wurde nicht verzichtet, sondern versucht, diese Flächen gemäß der sozialen Struktur der Haushalte angemessen und multifunktional zu errichten.

Einsparung auch in der Erhaltung

Durch den Verzicht auf die Tiefgarage wurden nicht nur Baukosten, sondern auch Instandhaltungskosten gespart. Die gesamte Wohnhausanlage ist „low-tech“, sodass der Instandhaltungsaufwand mangels zu wartender technischer Anlagen deutlich reduziert werden konnte.

Hausbetreuung durch die Mieter selbst

Im Bereich der Betriebskosten werden Einsparungen erreicht, indem die Hausbetreuung überwiegend durch Eigenarbeit der Mieter orga-

nisiert wird. Mit Ausnahme der Schneeräumung, sollen die üblichen Betreuungsleistungen durch die Mieterschaft selbst erbracht werden. So gibt es nur wenige Allgemeinflächen im Grünraum, die es zu betreuen gilt. Die Stiegenhäuser werden nur von wenigen Mietern gemeinsam genutzt, da die Wohnhäuser über Maisonetten im EG und 1. OG verfügen und nur die Wohnungen im 2. OG über Stiegenhäuser erschlossen werden müssen.

Erfolg durch Einsparung in allen Bereichen

Das Projekt „Kostengünstiges Bauen – Modell Anger/Shared Space“ hat sämtliche Komponenten der „Wohnungskosten“ analysiert und Einsparungen in den Bereichen Baukosten, Instandhaltung, Betriebskosten und damit schlussendlich in den von der Mietern aufzubringenden Eigenmitteln und bei der Miete erzielt.

Die WBV-GPA ist damit ihrem der gewerkschaftlichen Tradition geschuldeten Auftrag, kostengünstigen Wohnraum zu schaffen, einmal mehr nachgekommen. ■



WBV/GPA / trans_city

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18 Burgogasse 12–16, 3+4-Zimmerwohnungen
- 8605 Kapfenberg, 1-Zimmerwohnungen ca. 33 m²

Neubauprojekt:

- 1100 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, noch 3- + 4-Zimmerwohnungen verfügbar

Geschäftslokale/Büro:

- 1100 Wien, Kundratstraße 6, Büroflächen 200 m² und 460 m²
- 1220 Wien, Süßenbrunnerstraße 60, Geschäft ca. 167 m²
- 8605 Kapfenberg, Wienerstraße 56–58, Geschäft ca. 130 m²

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



© www.weihnachtsmarkt.co.at, Gerhard Fall

Adventzauber

Die Weihnachtsmärkte öffnen und der erste Advent ist bereits in einer Woche. Lassen Sie sich auf eine besinnliche Zeit einstellen, mit vorweihnachtlichen Events und Geschenkideen.

© DE Event



Weihnachtskonzert mit CRISTIAN LANZA

Der Enkel des weltbekannten Mario Lanza lädt, gemeinsam mit Gästen, Chor und Orchester, zu einer einmaligen Reise durch die schönsten Weihnachtssongs aus Traditionals, Pop und Klassik.

Z. B. „White Christmas“, „Stille Nacht, Heilige Nacht“ oder das wunderschöne „Ave Maria“, oder John Lennons charismatischer Friedensappell „Happy Xmas“.

19. Dezember 2011
Wiener Konzerthaus
Großer Saal

Karten:
EUR 59,- / 52,- / 42,- / 35,-
Ticket-Hotline: 01/743-52-50
Für GPA-djp-Mitglieder € 5,-
CARD-Ermäßigung

© www.weihnachtsmarkt.co.at, Gerhard Fall



Advent in Wien

Erleben Sie weihnachtliches Flair in Wien!

- 2 Nächte im DZ, Hotel & Palais Strudlhof
- Reichhaltiges Buffetfrühstück mit einem Piccolo-Sekt
- Adventjause im Strudlhof
- Wien-Karte, um die Stadt zu erkunden
- Freie Benutzung von Fitnessgeräten, Dampfbad, Infrarotkabine und Dachterrasse

Angebot buchbar:
25.11.–26.12.2011
2 Nächte pro Person
Für ÖGB-Mitglieder:
Montag–Freitag
€ 135,- statt 155,-
Freitag–Montag
€ 155,- statt 185,-

Information und Buchung:
01/319 25 22-222 oder
hotel@strudlhof.at

© EMS Live



Harlem Christmas Gospel

An acht Abenden entladen sich in der gotischen Minoritenkirche die gehaltvollen Stimmen des sechsköpfigen Gospel-Chors, hör- und sichtbar werden die fröhlichen, lebensbejahenden und vor allem mitreißenden Rhythmen der Negrospirituals. Swing Low, Happy Day, Oh when the Saints ...

3./7.–10./15./16./18. Dez. 2011
Wiener Minoritenkirche

Karten:
€ 36,- für Erwachsene,
€ 26,- Kinder
(von 6–16 Jahren)
Kinder bis 6 Jahre frei
(kein eigener Sitzplatz)
Bestellungen unter
dander@event-marketing.com
oder 01/714 88 77.
Für GPA-djp-Mitglieder:
20 % Ermäßigung

© jollydays



Erlebnissgeschenke von Jollydays

Sind Sie auf der Suche nach besonderen Geschenken? Wählen Sie bei Jollydays aus über 700 originellen Erlebnissen das optimale Weihnachtsgeschenk! Sorgen Sie mit einem Erlebnisgutschein für unvergessliche Momente.

Ob Action- oder Wellnessevent, Sport- oder Kulinarik-Highlight – für jeden findet sich das passende Geschenk. Unentschlossene verschenken mit einem Wertgutschein die freie Auswahl oder mit einer Erlebnis-Geschenkbbox die Wahl aus bis zu 99 Möglichkeiten.

Für GPA-djp-Mitglieder: 10 % Rabatt auf alle Erlebnisse im Online-Shop unter: www.gpa-djp.at/card

© Mario Lang



Der musikalische Adventkalender

Ein musikalischer Adventkalender, der sich in allen 23. Wiener Bezirken öffnet!

Beginnend mit einem Konzert am 1. Dezember im 1. Bezirk spannt sich der breite Bogen bis zum 23. Dezember im 23. Bezirk.

Freuen Sie sich auf schwungvolle Adventabende mit: Karl Hodina & Rudi Koschelu, Ernst Molden, der Wiener Tschuschenkapelle u. v. a.

Karten: Für GPA-djp-Mitglieder um nur 15,- EUR.

INFOS & KARTEN:
Tel.: 0676/ 512 91 04
Programm und Spielorte:
www.wienerlied-und.at

© Patricia Weisskirchner



Gewinnspiel 3 Hörbücher LUDWIG HIRSCH

„LUDWIG HIRSCH liest LUDWIG HIRSCH“ ist ab 18. November als Hörbuch erhältlich. Für Hörbuchfans das ideale Geschenk.

Ludwig Hirsch liest Texte seiner Lieder, die ohnehin immer schon eine hohe literarische Qualität hatten – und durch die variierte Vortragsweise wird das erst so recht deutlich. 29 gelesene Lieder, jedes ergänzt mit einem kurzen Instrumental-Part, einem musikalischen Zitat des Original-Songs oder einer Referenz dazu.

Gewinnspiel:
Die KOMPETENZ verlost 3 Hörbücher (Kennwort: „Ludwig Hirsch“)
Teilnahmebedingungen und Einsendeschluss siehe Seite 30

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card. Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© www.weihnachtsmarkt.co.at, Gerhard Fall



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 27.11.2011. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Greece on Tour

26. November 2011

THE KAVAFIS PROJECT

Wiener Konzerthaus

George Dalaras würdigt, begleitet vom Wr. Kammerorchester und der Wr. Singakademie, den großen Dichter Konstantinos Kavafis. Bruno Ganz wird die vertonten Gedichte rezitieren. www.konzerthaus.at
Karten: 10 % CARD-Ermäßigung über Ö-Ticket, Tel. 01/960 96
Stichwort „Gewerkschaft“



© Bettina Frenzel

28. Nov.–3. Dez. 2011

DITTA VON FORST

Theater Drachengasse

In diesem soziologischen Thriller von Christina Förster und Christian Suchy wird Robin Hood einmal mehr umgedichtet und wird zu einer weiblichen Heldenin.

Infos: www.drachengasse.at
Karten: 01/513 14 44
Mit der CARD:
EUR 14,– statt 16,–



© Alain Dereymaker

3. Dezember 2011

Budapest Gypsy Symphony Orchestra

Konzerthaus, Großer Saal

Das größte Zigeuner-Orchester der Welt feiert seit Jahren triumphale Erfolge. Die Musikalität haben sie im Blut, man hat den Eindruck, 100 Paganinis zu hören. www.100violins.com
Karten: 10 % CARD-Ermäßigung über Ö-Ticket, Tel. 01/960 96, Stichwort „Gewerkschaft“



© Komödie am Kai

Bis 7. Jänner 2012

Nicht immer sind die Männer schuld

Komödie am Kai

Die Publikumsbeliebte Sissy Boran und Peter Kuderna in einer Komödie von William Douglas Home garantieren einen unterhaltsamen Abend. Karten: Tel. 01/ 533 24 34
Mit der CARD:
20 % Ermäßigung in der Kat. 1–3, ausg. Silvester



© EMS

21. Jänner 2012

VOLLGAS – Die BEST OF Show – ALEXANDER GOEBEL

EMS LOUNGE, 1030 Wien

Mehr als ein Konzert, es ist ein Feuerwerk unserer Kultur und eine Hymne an 60 Jahre Popmusik. Für GPA-djp-Mitglieder 20 % Ermäßigung bei Bestellungen bis 15.12.2011
Bestellungen:
dander@event-marketing.com oder 01/714 88 77



© Stadtsaal

17. Dezember 2011

SWINGING CHRISTMAS

STADTSAAL

Marko Simsa und die Boogie Woogie Gang bringen Swing und Blues in alte und neue Lieder rund um die Weihnachtszeit – zum Mitsingen und Mittanzen für die ganze Familie (ab 5 Jahren). Vorstellung um 16.30 Uhr
Karten: 01/90 92 24
Mit der CARD: Vorverkaufspreis auch an der Abendkasse

Mitglied sein bringt's!

Eine Mitgliedschaft zahlt sich aus! Mit nur 1 % des Bruttogehalts können unsere Mitglieder die Serviceleistungen der GPA-djp nutzen.

Wir brauchen unsere Mitglieder, unsere Mitglieder brauchen uns: Sie sichern sich mit Ihrem Beitrag den Zugang zu wichtigen Leistungen Ihrer Gewerkschaft. Und Sie stärken die Position der GPA-djp bei den Gehaltsverhandlungen für über Hunderttausend Beschäftigte.

Kollektivverträge

Die GPA-djp verhandelt gemeinsam mit den 15.000 BetriebsrätInnen, die in unserer Gewerkschaft organisiert sind, insgesamt über 160 Kollektivverträge für Angestellte. Die Kollektivverträge garantieren nicht nur die Erhöhung der Löhne und Gehälter, sondern regeln auch die Arbeitszeit, den Anspruch auf Weiterbildung und das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld.

Damit Sie Ihr Recht bekommen

Als Gewerkschaftsmitglied können Sie bei rechtlichen Problemen an Ihrem Arbeitsplatz mit einem starken Partner an Ihrer Seite rechnen: Die Gewerkschaft erkämpft rund 70 Millionen Euro pro Jahr für Ihre Mitglieder. Der ordentliche Rechtsschutz besteht bereits nach einer 6-monatigen Mitgliedschaft und entsprechender Beitragsleistung. Er gilt für alle Rechtsstreitigkeiten, die unmittelbar mit Ihrer Arbeit zusammenhängen.

Steuerlich absetzbar

Ihr Mitgliedsbeitrag ist in voller Höhe von der Lohnsteuer absetz-

bar. Wird Ihr Mitgliedsbeitrag direkt vom Gehalt einbehalten, so wird die Steuerminderung bereits bei der Gehaltsverrechnung berücksichtigt.

Information und Service

Als Mitglied bekommen Sie das GPA-djp-Mitgliedermagazin KOMPETENZ direkt zu Ihnen nach Hause.



Die Mitglieder-CARD garantiert Ihnen nicht nur Service und Beratung, sondern auch zahlreiche Ermäßigungen bei Kultur, Sport, Freizeit und Urlaub. ■

Was Sie zahlen – 2012

Mitgliedsbeitrag 1 % des Bruttogehalts, max. € 28,- (Grenzbeitrag 2012)

Dieser neue Grenzbeitrag gilt auch für JournalistInnen mit Presseausweis und für FacharbeiterInnen und technische Angestellte im WB 8 (= ehem. djp)

Unverändert bleiben 2012

Monatliche Fixbeiträge: Arbeitslose, bei Krankheit ohne Gehaltsabzug, Zweitmitgliedschaft, unbezahlter Freistellung, vorzeitigem Mutterschutz, Präsenzdienster, Zivildienster, KindergeldbezieherInnen ohne Vormitgliedschaft € 1,80

Geringfügig Beschäftigte € 2,-

Freie JournalistInnen mit Presseausweis € 10,-

PensionistInnen-JournalistInnen mit Presseausweis € 8,-

Jährliche Fixbeiträge: SchülerInnen, StudentInnen € 8,40; PensionistInnen € 36,-

Außerordentliche Mitgliedschaft: € 21,60

Sonstige Beiträge: Für atypisch Beschäftigte, Werkvertrags- und freie DienstnehmerInnen 1 % des Bruttogehalts, max. jedoch € 10,-/Monat

Die neuen Folder „Mitglied sein bringt's 2012“ mit allen Informationen zu unseren Leistungen und Beiträgen inkl. dem Hinweis auf Steuerermäßigung gibt es als download auf www.gpa-djp.at unter „Service für Sie“. Das GPA-djp-Servicecenter informiert Sie gerne: Tel. 05 03 01-301 oder per E-Mail an service@gpa-djp.at

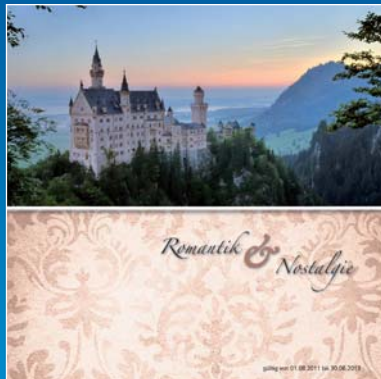
DAS AUSSERGEWÖHNLICHE GESCHENK!

nights & more
austrian marketing

Exklusiv für alle GPA-djp Mitglieder

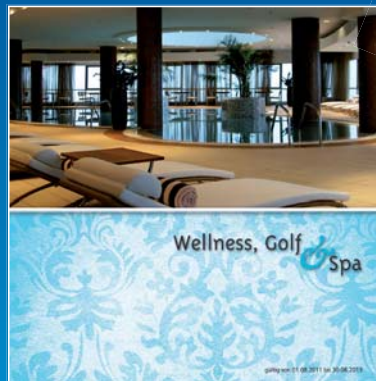


Wählen Sie Ihren persönlichen Wunschurlaub aus 130 Hotels



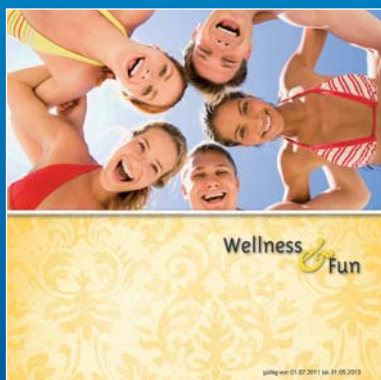
• EUR 209,50

- 3 Tage/2 Nächte für 2 Personen im exklusiven Doppelzimmer
 - 4 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
 - Restaurant- / Erlebniscoupon im Wert von € 90,-
- Gültig bis 30. Juni 2013



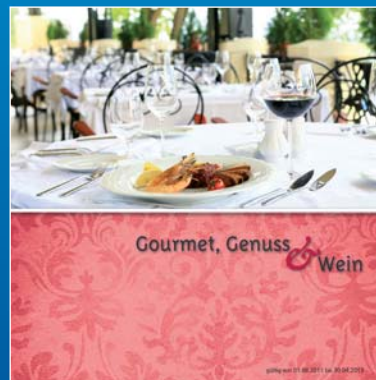
• EUR 198,50

- 3 Tage/2 Nächte für 2 Personen im exklusiven Doppelzimmer
 - 4 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
 - Restaurant- / Erlebniscoupon im Wert von € 80,-
- Gültig bis 30. Juni 2013



• EUR 176,50

- 3 Tage/2 Nächte für 2 Personen im exklusiven Doppelzimmer
 - 4 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
 - Restaurant- / Erlebniscoupon im Wert von € 60,-
- Gültig bis 31. Mai 2013



• EUR 165,50

- 3 Tage/2 Nächte für 2 Personen im exklusiven Doppelzimmer
 - 4 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
 - Restaurantcoupon im Wert von € 50,-
- Gültig bis 30. April 2013

Gewinnen Sie mit der GPA-djp ein Genießer-Wochenende für 2 Personen.

Senden Sie eine Postkarte an: Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: "nights&more" oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiel. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2011. Keine Barablöse. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Seite abtrennen und **per FAX bestellen: +43 (0)732 94094-310**

Ich bestelle: Romantik & Nostalgie: Stück

Wellness & Fun: Stück

Wellness, Golf & Spa: Stück

Gourmet, Genuss & Wein: Stück

Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Zahlung per Nachnahme zzgl. EUR 12,50 Versandkosten oder Sie bestellen online auf www.nights-and-more.com und tragen dort in der Zeile „Firma“ **GPA**, aber danach Ihre Privatadresse ein.